



Polen - Pressespiegel 40/2025 vom 2.10.2025

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- Warten auf einen Durchbruch in den Beziehungen zu Deutschland
- Kaczyński definiert die Feinde Polens falsch
- Die Migranten werden bleiben. Die Aggressoren auch. Wir müssen auf die Gewalt reagieren
- Der Wahlkampf beginnt jetzt! Lasst uns interessante Zeiten vermeiden!
- Kann das Anti-PiS-Lager die Macht behalten? Könnte sein, aber es strengt sich nicht besonders an
- Entwicklungsziele für die Regierung? Digitalisierung und Zuwanderer

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Warten auf einen Durchbruch in den Beziehungen zu Deutschland



Quelle: pap.pl

Von **Michał Szuldrzyński**

Die russische Aggression, die Energiekrise und die Herangehensweise an die EU-Politik haben eine tiefe Divergenz der Interessen zwischen Polen und Deutschland offenbart. Auch die Regierung von Donald Tusk wird die Positionen nicht näher bringen, solange Berlin die polnische Perspektive nicht versteht.

Der größte Fehler, den die Regierung in Berlin in den letzten Jahren gemacht hat, aber das gilt auch für einen großen Teil der politischen Klasse, war zu erkennen, dass das Grundproblem in unserem Verhältnis die PiS ist.

Ja, die PiS war ein Hindernis für die gegenseitigen Beziehungen, aber nicht das größte und nicht das einzige. Die Gruppierung von Jarosław Kaczyński war zeitweise obsessiv antideutsch und der rechte Flügel frönte genüsslich einer vulgarisierten Version des Denkens von Roman Dmowski, wonach unser westlicher Nachbar unser größter Feind ist. Und warum? Weil er unsere Seele bedroht. Aber die PiS und ihre Idiosynkrasien sind eine Sache. Eine andere Sache ist, dass Berlin den geopolitischen Riss, der sich an der deutsch-polnischen Grenze auftut, nicht bemerkt hat.

Warum betrachtete Polen die Geschäfte mit Russland anders als Deutschland?

Der Ausbruch eines umfassenden Krieges am 24. Februar 2022 war nicht nur ein Akt der Aggression gegen den ukrainischen Staat, sondern auch gegen das Modell der Zusammenarbeit mit dem Westen, das Deutschland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion diktiert hatte. Die aufeinanderfolgenden Regierungen in Berlin glaubten, dass es möglich sei, den Kreml durch Handel zu verwestlichen. Doch dieser Handel war vor allem für die deutsche Wirtschaft profitabel; er basierte auf billigen Rohstoffen aus Russland, billigen Arbeitskräften durch Zuwanderung aus dem Süden und einem -- wie es damals schien --

unendlichen Markt in China. Dieses Modell brach mit der russischen Aggression zusammen, die durch die Sprengung der Nord-Stream-Gaspipeline einen symbolischen Schlag erhielt.

In dem Glauben, dass der Wechsel von der PiS-Regierung zur Regierung von Donald Tusk zu einem Durchbruch in den gegenseitigen Beziehungen führen würde, haben die Deutschen gezeigt, dass sie nichts von diesen Veränderungen verstehen

Die Deutschen haben nicht verstanden oder wollten nicht verstehen, dass sie mit dem Bau dieser Gaspipeline ihre wirtschaftlichen Interessen über die Sicherheit Mittel- und Osteuropas stellen. Dank Nord Stream konnten die Russen die Ukraine angreifen, ohne sich um die Sicherheit der Versorgung Westeuropas zu sorgen.

Obwohl der deutsche Bundeskanzler die historische Zeitenwende nach dem 24. Februar 2022 angekündigt hat, kommen aus Deutschland weiterhin beunruhigende Signale. Die Ermittlungen zur Sprengung von Nord Stream werden von der deutschen Staatsanwaltschaft wegen verfassungsfeindlicher Sabotage und damit einer Gefährdung der Staatssicherheit geführt. Und es mangelt nicht an Stimmen von ernstzunehmenden Menschen jenseits unserer westlichen Grenze, dass die Arbeiten an der Gaspipeline so schnell wie möglich wieder aufgenommen werden müssen.

Einstellungen zu Migranten, dem Green Deal oder dem Mercosur-Abkommen werden sich zwischen den Regierungen in Polen und Deutschland unterscheiden

Und das ist nicht die einzige Kontroverse. Wir unterscheiden uns auch in unserer Einschätzung der deutschen Haltung zur illegalen Migration. Solange die deutsche Wirtschaft davon profitierte, ermutigten die Deutschen die Migranten, nach Deutschland zu kommen, und ignorierten die EU-Vorschriften, wonach sie in den EU-Grenzländern auf Asyl warten müssen. Heute, da die unkontrollierte Migration zu einem Problem geworden ist, nehmen die Deutschen die EU-Vorschriften plötzlich sehr ernst und weisen illegale Migranten in die Nachbarländer zurück, aus denen sie nach Deutschland gekommen sind.

Auch Deutschland unterstützt das Mercosur-Abkommen und sieht darin eine Chance für seine Wirtschaft - nach Trumps Zöllen braucht die deutsche Industrie neue Märkte.

Schließlich unterstützt die deutsche Regierung die schnellstmögliche Einführung des ETS2, d.h. Emissionsabgaben auf den Wohnungsbau und den Individualverkehr. Wenn dies geschieht, werden Millionen von polnischen Haushalten eine Kohlenstoffsteuer auf ihre Heizungsrechnung aufschlagen müssen. Und diese, die vorherige und jede nachfolgende polnische Regierung wird sich dem widersetzen.

In dem Glauben, dass der Wechsel von der PiS-Regierung zur Regierung Donald Tusk zu einem Durchbruch in den gegenseitigen Beziehungen führen würde, haben die Deutschen gezeigt, dass sie nichts von diesen Veränderungen verstehen. Und solange sie nicht verstehen, wie unterschiedlich unsere Interessen in vielen Punkten geworden sind, wird ein Durchbruch schwer zu erreichen sein. Denn auch die Mehrheit der polnischen Gesellschaft -- und nicht nur die Wähler, die für die PiS oder die Konfederacja gestimmt haben -- sieht Deutschland heute viel realistischer, sodass keine Regierung so tun kann, als ob wir -- obwohl wir enge militärische Verbündete in der NATO sind -- alle wichtigen Fragen auf die gleiche Weise betrachten.

Zsfg.: JP

<https://www.rp.pl/komentarze/art43064191-michal-szuldrzynski-w-oczekiwaniu-na-przelom-w-relacjach-z-niemcami>

Kaczyński definiert die Feinde Polens falsch



Quelle: interia.pl

Von **Jarosław Kuisz**

Auf der Rechten hat Jarosław Kaczyński in letzter Zeit zu viele Konkurrenten bekommen. Der Vorsitzende der PiS hat eine mediale Offensive gestartet. Doch im Kampf benutzt er immer noch uralte Software. Er erkennt nicht, wer und was 2025 tatsächlich die polnische Souveränität bedroht.

Scheingespenster

In den letzten Tagen hat Jarosław Kaczyński energisch eine Kommunikationsoffensive gestartet. Rzeszów, Krakau ... Er reist durchs Land und erzählt, was uns angeblich bedroht. Seltsamerweise geht es ihm dabei eigentlich gar nicht um die russischen Provokationen der letzten Tage.

Man könnte den Eindruck gewinnen, dass Kaczyńskis rhetorische Vorstöße weniger eine Reaktion auf den Angriff russischer Drohnen sind, sondern vielmehr ein Versuch, die Initiative auf der Rechten zu übernehmen. Gegenwärtig, trotz aller Unterschiede, wird der PiS-Vorsitzende -- besonders in den sozialen Medien -- eindeutig von Gestalten wie Karol Nawrocki, Sławomir Mentzen oder Grzegorz Braun verdeckt.

In dieser Situation geht der PiS-Vorsitzende mit einem „Schreckgespenst-Variété“ auf Tournee nach seinen bekannten Vorlagen. An erster Stelle steht dabei natürlich die Verteidigung der Souveränität. Er suggeriert, dass angeblich spontane „Patrouillen“ sie besser schützen als die regulären Sicherheitsdienste. Öffentlich fragt er sich, ob Polen überhaupt noch ein souveränes Land sei. Er erschreckt mit nachteiligen Veränderungen in der Europäischen Union. Letztlich zeigt sich, dass -- nach dieser Vorstellung -- die Gefahr für Polen im Westen größer ist als im Osten. Genauer gesagt in Westeuropa, denn die USA sind ja zu weit weg, jenseits des Ozeans.

Ohne Aktualisierung

Der Zufall es wollte, habe ich kürzlich ein Buch genau zu diesem Thema („Angst um die Souveränität“) geschrieben, und ich kann mit ruhigem Gewissen sagen: Das ist kompletter Unsinn. Mehr noch: Die Botschaft richtet sich an die eigenen Wähler -- und genau die führt dieser Politiker in die Irre, was die Bedrohungen angeht. Die Gegner der PiS werden dem ohnehin nicht zuhören. Es scheint jedoch, dass Jarosław Kaczyński, abgesehen davon, dass er die Saiten anschlägt, die in polnischen Seelen mitschwingen, zunehmend als ein Mensch erscheint, dessen politische Software dramatisch veraltet ist.

Über die USA im Jahr 2025 sagt er, dass „die Vereinigten Staaten ein schwieriger, aber sehr mächtiger Verbündeter sind“. Er fügt hinzu, dass sie „der einzige Garant für Polens militärische Sicherheit“ seien. All das stimmt -- aber nur auf dem Papier. Im Januar 2025 sitzt im Weißen Haus ein Politiker, der in seinem Leben nicht nur die Europäische Union, sondern auch die NATO öffentlich scharf angegriffen hat. Das ist nichts Neues. Während seiner ersten Präsidentschaft stellte Trump die Wirksamkeit von Artikel 5 des NATO-Vertrags infrage und diskutierte mit Beratern sogar über ein mögliches Ausscheiden aus der NATO. Ob das nur Gerede war oder nicht, ist weniger wichtig als die Schlussfolgerungen, die Polens Gegner aus diesem Geplapper ziehen. Präsident Putin erkennt nämlich deutlich, dass die NATO nicht mehr dieselbe ist wie früher.

Russland völlig enthemmt

Täglich verletzt und testet die russische Armee den Raum des Bündnisses -- in Polen, Rumänien, Estland - - etwas, das es zuvor nicht gab. Chronologisch geschieht dies nach dem Gipfel Trump--Putin in Alaska. Eine indirekte Folge des Treffens war eine Zunahme der Angriffe auf die Ukraine. In Kiew wurden Gebäude europäischer Institutionen zerstört. Schließlich folgte die erwähnte Reihe von Provokationen im NATO-Gebiet.

Und was passiert in Trumps Washington? Nichts. Es ist der US-Präsident -- und nicht die Verbündeten aus Europa --, der darüber nachdenkt, ob der Angriff auf Polen „ein Versehen“ war oder nicht. Trumps verbale Drohungen gegenüber Russland sind lächerlich. Mit bloßem Auge ist zu sehen, dass der Kreml sich nichts daraus macht. Genau deshalb herrscht in Europa fieberhaftes Suchen nach Lösungen für den Fall, dass die USA uns militärisch enttäuschen sollten. Letztlich hat Amerika eine lange Liste treuer Verbündeter auf der Welt, die es im 20. Jahrhundert leichtfertig im Stich gelassen hat, man denke nur an Südvietnam oder Afghanistan.

Und in diesem Moment erschreckt uns Jarosław Kaczyński mit Frankreich und Deutschland, die kaum noch Luft bekommen. Paris hat eine gigantische Staatsverschuldung, die die Möglichkeiten praktischen internationalen Handelns grundlegend einschränkt. Es mangelt an Innovationen, neuen militärischen Technologien, aber auch am politischen Willen, mutigere Schritte zu unternehmen. Die solidarische Haltung von Präsident Macron gegenüber den Ländern Osteuropas, darunter Polen, ist eher die Ausnahme als die Regel.

Allerdings ist dieser französische Politiker im eigenen Land extrem unbeliebt (77 % der Befragten äußern Missbilligung gegenüber seinem Handeln). Was internationale Aktivität und Macht betrifft, endet es meist bei Worten. Unter anderem haben russische Trolle und Militäreinheiten Frankreich buchstäblich aus seinen afrikanischen Stützpunkten vertrieben: Tschad, Elfenbeinküste, Senegal... Eine dauerhafte Präsenz in Westafrika gehört der Vergangenheit an. Das ist das Bild des Jahres 2025.

Das schwächelnde Berlin

Deutschland hingegen leidet seit 1972 unter einem demografischen Rückgang. Es gab Höhen und Tiefen bei der Geburtenrate, aber erneut sterben unsere Nachbarn aus: Es gibt weniger Geburten als Todesfälle. Das ist auf den Straßen deutscher Städte sichtbar. Netto-Migration füllt die Lücke teilweise, bringt jedoch, wie bekannt, andere Probleme mit sich. Berlin sorgt sich um billige Rohstoffe und um den sozialen Frieden. Die Wirtschaft stagniert. Optimismus fehlt.

Wenn man die anhaltenden Wahlerfolge der AfD und die veränderte Rhetorik der CDU unter dem aktuellen Kanzler Merz betrachtet, würden sich immer mehr Deutsche am liebsten um des lieben Friedens willen hinter ihre Grenzen zurückziehen. Berlin spielt scharf in Wirtschaftsfragen, aber oft bleibt es bei diesem Spiel. Man kann sich diplomatisch mit Deutschland über Reparationen streiten oder Respekt für unsere Geschichte einfordern, doch man darf nicht übersehen, was sonst noch jenseits der Oder passiert.

Die allgemeine Sehnsucht nach Ruhe um jeden Preis. Das allgemeine Bedürfnis nach heiligem Frieden um jeden Preis, die Angst vor einem Atomkrieg, prorussische Sympathien von rechts und links, Streit um illegale Migration und schließlich radikaler Pazifismus -- das sind die Strömungen, die sich über ganz Deutschland ausbreiten. Kein Wunder, dass immer mehr Menschen nur davon träumen, sich hinter einem hohen Grenzzaun zu verschließen. Weder Frankreich noch Deutschland besitzen in diesem Zusammenhang digitale Souveränität. Auf dem Territorium Letzteren unterhalten die Amerikaner nach wie vor ihre Truppen, und die „Big Tech“-Konzerne jenseits des Atlantiks üben dort Druck aus, den im Grunde nur die EU einigermaßen einzudämpfen versucht.

Wenn ich Jarosław Kaczyńskis Erzählungen höre, dass uns diese Länder Westeuropas existenziell bedrohen, denke ich, dass dies mindestens ein Zeichen böser Absicht gegenüber den eigenen Wählern ist. Oder vielleicht, wer weiß, bloße Unkenntnis, die sich Polen im Jahr 2025 nicht leisten kann. Natürlich konkurrieren diese europäischen Länder in manchen Bereichen mit uns, weil sie mehr verdienen wollen. In anderen Bereichen arbeiten sie jedoch mit uns zusammen. Es gibt keinen Grund, warum unser Land in diesem friedlichen Wettbewerb nicht erfolgreich sein sollte.

Doch von einer existenziellen Bedrohung durch Westeuropa zu sprechen, ist Unsinn. Die ausschließliche Fixierung auf die Vergangenheit blendet. Man muss manchmal den Blick schweifen lassen, um nicht zu übersehen, wer Freund und wer Feind ist.

Zsfg.: AV

<https://wydarzenia.interia.pl/felietony/news-kaczynski-zle-definiuje-wrogow-polski,nld.22422170>

Die Migranten werden bleiben. Die Aggressoren auch. Wir müssen auf die Gewalt reagieren



Quelle: [Wikimedia Commons](#)

Von **Katarzyna Skrzydłowska-Kalukin**

Über 94.000 Beiträge mit anti-ukrainischer Propaganda erreichten Millionen von Menschen in Polen. In den Medien tauchen Aufnahmen weiterer Aggressionsakte gegen Migranten auf, doch die meisten Angriffe bleiben unbeachtet. Das ist ein Problem, auf das Politiker schon längst hätten reagieren sollen. Wir ebenfalls.

Das Foto von Zenobia Żaczek mit blutverschmiertem Gesicht tauchte in den letzten Tagen in vielen professionellen und sozialen Medien auf. Es zeigt die Folgen ihres Eingreifens. In einem vollen Linienbus in Warschau stellte sich die Frau schützend vor eine Passagierin, die Ukrainisch sprach. Ein Mann in demselben Bus beschimpfte sie als „Anhängerin Bandera“ und sagte, sie solle aus Polen verschwinden. Auf den Fotos, die eine Bekannte von Zenobia Żaczek gemacht hat, ist auch dieser Mann zu sehen, halb entkleidet, der sich auf das Objektiv zubewegt. Er stieß die eingreifende Frau mit dem Kopf ins Gesicht.

Dies ist nur eines von vielen Beispielen für Aggressionen, die in letzter Zeit durch Feindseligkeit gegenüber Migranten ausgelöst wurden.

Der herbeigeredete Feind

Anfang September schlug eine Gruppe von Männern in Warschau-Białoleka auf Ukrainer ein, die gerade ein Geschäft verließen. Auch diesmal riefen die Aggressoren „Bandera-Anhänger“ und „an die Front“. Ebenfalls in diesem Monat griff die Danziger Stadträtin der KO, Sylwia Cisoń, einen Uber-Fahrer an: „Wenn man sich nicht auskennt, muss man verdammt noch mal in sein eigenes Land zurückkehren. Und nicht

verdammt noch mal in einem Land sein, dessen Sprache man nicht spricht und dessen Straßen man nicht kennt." Man weiß, was sie gesagt hat, weil der Fahrer sie aufgenommen hat. Das Video veröffentlichte er, nachdem die Stadträtin in sozialen Medien behauptet hatte, sie habe die Nacht auf der Notaufnahme verbracht, da der Fahrer sie mit Pfefferspray angegriffen habe. Die Polizei untersucht den Vorfall, und Cisoń beantragte ihre eigene Suspendierung aus der KO-Fraktion.

Laut einem Bericht des Vereins Demagog und des Instituts für Medienbeobachtung wurden in den letzten Monaten über 94.000 Beiträge mit anti-ukrainischer Propaganda im polnischen Internet identifiziert. Sie könnten 32,5 Millionen Menschen erreicht haben.

Anti-Migrations-Parolen richten sich dabei nicht nur gegen Ukrainer und entstehen nicht ausschließlich im Internet. Die Emotionen werden auch durch Patrouillen an der Westgrenze angeheizt, die von Gruppen unter der Leitung von Robert Bąkiewicz organisiert werden und Migranten suchen. Prominente Politiker der rechten und zentristischen Parteien äußern sich auf fremdenfeindliche Weise. Populistische Machtkämpfe zwischen Regierung und Opposition konzentrieren sich ebenfalls auf die Ablehnung von Migranten.

Das Problem ist, dass diese feindseligen Parolen von allen möglichen Gewalttätern wie ein Schwamm aufgenommen werden. Viele von ihnen könnten jede beliebige Person oder jeden beliebigen Gegenstand als Feind ansehen, Hauptsache, sie können ihre Aggressionen ausleben. Der Feind wird breit benannt, auch von Putins Trollen und Populisten aus ganz Europa und Amerika. Die Folgen dieses zynischen Handelns werden immer spürbarer, und wir sollten uns darauf vorbereiten.

Wie kann man die Gewalt stoppen? Strategien sind nötig

Zenobia Żaczek erzählte Journalisten, dass die Fahrgäste in dem Bus, in dem sie unterwegs war, weder auf die Angriffe gegen die Ukrainerin noch später auf den Angriff gegen sie selbst reagierten. Passivität ist leider oft die häufigste Reaktion in Situationen, in denen jemand Hilfe benötigt.

Doch diejenigen, die nicht untätig bleiben können, wissen nicht immer, wie sie reagieren sollen, um sich selbst so wenig wie möglich zu gefährden und gleichzeitig zu helfen. Jeder denkt ja über Strategien nach, wenn er potenziell riskante Situationen sieht. Auf der einen Seite steht das Opfer von Aggression, auf der anderen Seite die Aggression selbst, die sowohl für das Opfer als auch für die helfende Person gefährlich sein kann.

Experten raten, nicht mit dem Aggressor zu interagieren, da dieser nicht rational denkt, sondern nur auf das Opfer fokussiert ist. Ziel ist es, dass die angegriffene Person nicht allein bleibt und gleichzeitig die Aggression des Täters nicht weiter steigt.

Stress und Umstände lösen jedoch unterschiedliche Reaktionen aus. Ich selbst habe einmal einen Aggressor in einem Zug beruhigt, indem ich ihn so zurechtwies, wie ein strenger Lehrer einen ungezogenen Teenager. Es gibt viele gute, aber auch riskante Strategien. Das Problem ist, dass solche Situationen, in denen wir zwischen Reagieren und Passivität wählen müssen, immer häufiger werden. Verantwortlich dafür sind Politiker und Trolle. Sie erreichen ihre Ziele, und wir müssen lernen, damit umzugehen.

Wir müssen reagieren

Auch die Angegriffenen entwickeln verschiedene Strategien. Manchmal reagieren sie nicht, wie die Frau im Warschauer Bus. Manchmal wehren sie sich, wie der Fahrer, der Pfefferspray gegen die auf ihn schreiende Stadträtin einsetzte. Debatten in sozialen Medien darüber, wer angefangen hat und wer das Recht hatte, so oder anders zu reagieren, schüren nur weitere Emotionen. Tatsache ist: Auch dieses Problem muss angegangen werden.

Migranten werden bleiben. Sie verschwinden nicht aufgrund von Geschrei und Hasskommentaren. Sie leben in Gefahr, aber sie werden in Europa und Amerika bleiben. Die Populisten und Trolle werden jedoch ebenfalls bleiben, es sieht so aus, als würden sie sich weiter ausbreiten. Verantwortliche

Entscheidungsträger hätten dieses Problem längst erkennen und Lösungen suchen müssen. Vielleicht tun sie das ja, denn soziale Lösungen werden nun mal nicht auf Parteiversammlungen erarbeitet.

In medial wahrgenommenen Situationen kann man auf die Polizei zählen. Die Beamten identifizierten und nahmen den Angreifer aus dem Bus sowie die Täter vor dem Geschäft in Białoleka fest. Die überwältigende

Mehrheit solcher Situationen findet jedoch außerhalb der Medien statt. Niemand reagiert. Hinter angegriffenen Taxi- oder Uber-Fahrern stellt sich niemand, weil ihre Geschichten nicht öffentlich werden. Die Reaktion auf Aggression gegenüber Migranten ist eine weitere wichtige Fähigkeit, die man in unserer Zeit der Unruhe erwerben muss.

Zsfg.: AV

<https://kulturaliberalna.pl/2025/09/25/imigranci-zostana-agresorzy-tez-musimy-reagowac-na-przemoc/>

Der Wahlkampf beginnt jetzt! Lasst uns interessante Zeiten vermeiden!



Quelle: wyborcza.pl

Von **Witold Liliental**

Polen, aber nicht nur Polen, wird immer fremdenfeindlicher. Es ist noch Zeit, diesen schlechten Trend, der zur Katastrophe führt, zu stoppen, aber das erfordert verstärkte Anstrengungen von demokratischer Seite.

Der Autor ist ein kanadisch-polnischer Aktivist, Kolumnist und Absolvent der Warschauer Universität für Technologie. Er wurde in Warschau in einer polnischen Familie mit jüdischen Wurzeln geboren, wenige Monate vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs.

Wir leben in sehr interessanten Zeiten

Ich habe einmal einen chinesischen Fluch erwähnt, mit dem frommen Wunsch, dass er sich in Polen niemals erfüllen möge. Leider ist es nicht nur jenseits der polnischen Ostgrenze „interessant“, denn die Spaltung der Nation wird immer deutlicher. Der Kompetenzstreit zwischen Regierung und Präsidialamt und die überzogenen Worte dieses Amtes gegenüber der Regierungsseite deprimieren nicht nur mich, sie gefährden unser Land international. Darüber hinaus bin ich entsetzt über die stillschweigende Akzeptanz (oder eine gewisse legalistische Ohnmacht, dem Einhalt zu gebieten) des legalen Vorgehens der extremen, fremdenfeindlichen Rechten, trotz der Bestimmungen der Verfassung, die die Verkündung faschistischer Parolen und die Aufstachelung zum Hass aus rassistischen Gründen verbieten.

Ich lese gerade ein Buch von **Prof. Rafał Pankowski von der Vereinigung „Nie wieder“, „The Populist Radical Right in Poland“**. Gleich zu Beginn der Unabhängigkeit nach dem Jahr 1989 - wie der Autor darlegt, tauchten Gruppen und Einzelpersonen auf, die die Ideologie der faschistischen ONR aus der Vorkriegszeit propagierten oder offen Naziparolen verkündeten, es bildeten sich Milizen, die trotz Verboten Aufmärsche durch die Straßen der Städte mit Parolen organisierten, für die sich Hitler nicht schämen würde,

Selbst damals verfolgten die Behörden diejenigen, die faschistische und rassistische Parolen verkündeten, nicht wegen Verstoßes gegen das Gesetz. Die Ausrede war, dass diese Bewegungen nur eine geringe Unterstützung hatten und daher die öffentliche Ordnung im entstehenden Rechtsstaat in den Ruinen des

kommunistischen Systems unter den Bedingungen der neu erlangten Unabhängigkeit der Republik nicht bedrohten. Die meisten dieser polnischen Bewegungen und Ideologen einte der Hass auf die Juden und die Gleichsetzung von Polentum und Katholizismus. Einige Führer behaupteten öffentlich, dass selbst der Übertritt zum christlichen Glauben nichts an der „abscheulichen Natur“ der Juden ändere.

Faschismus im Keim ersticken

Ich halte den Katholizismus nicht für faschistisch oder antisemitisch. Man muss sich nur die Worte von Johannes Paul II. ins Gedächtnis rufen, der die Juden als „unsere älteren Brüder im Glauben“ bezeichnete und sich für das ihnen in der Vergangenheit angetane Unrecht entschuldigte. Der Katholizismus ist per Definition Nächstenliebe und unterscheidet nicht, wer ein Nächster ist und wer nicht. Aber in der Kirche, wie in jeder Institution, können manche Menschen die Ideologie so biegen, dass sie ihren ganz weltlichen Interessen dient, was nicht immer mit den Grundsätzen der kirchlichen Lehre übereinstimmt.

Bewegungen mit offenkundig faschistischem Hintergrund, die nicht im Keim erstickt worden waren, schlossen sich zu sogar legal registrierten politischen Parteien zusammen. Rundfunk und Printmedien wurden geschaffen, um nationalistische Propaganda zu verbreiten. Heute ist die extreme Rechte, wie allgemein bekannt, in den Mainstream der polnischen Politik eingetreten.

Eine Welle von Nationalismus und Rassismus schwappt über Europa, und die Vereinigten Staaten stehen dem aufgrund ihrer innenpolitischen Lage nicht im Wege. Heute sind Juden nicht einmal mehr das einzige Hauptobjekt des Hasses. Zu ihnen gesellen sich Menschen aus der LGBT+-Gemeinschaft, Migranten aus dem Nahen Osten, aus Afrika und Ukrainer, die die Polen vor zwei Jahren noch so herzlich willkommen hießen.

Solange die Ukraine kämpft, spielt es für viele keine Rolle, dass russische Truppen nicht an unseren Grenzen stehen. Russland führt höchstens einen hybriden Krieg gegen uns. Das ist ärgerlich, aber nicht vergleichbar mit dem, was die Menschen in der Ukraine täglich erleben.

In der polnischen Presse lese ich, dass unwahre Geschichten darüber verbreitet werden, dass Ukrainer angeblich außerhalb der Warteschlange zu Ärzten zugelassen werden oder unverdiente Privilegien genießen. Friedliche Ukrainer werden auf den Straßen der Stadt schikaniert. Es kommt zu Schlägen, groben Beleidigungen und Rufen wie „Polen ist für Polen“. Pseudopolnische Patrioten stören sich an ein paar Ukrainern, die sich in ihrer eigenen Sprache unterhalten, denn „hier ist Polen und hier spricht man polnisch“.

Faschismus und Sympathie für Putin

In Kanada spricht jeder, der nicht hier geboren wurde, mit seinen Landsleuten in deren Sprache, niemand stört sich daran. In der „polnischen“ Straße Roncesvalles in Toronto findet jedes Jahr im September ein riesiges polnisches Fest mit Ständen mit polnischem Essen statt, Bands singen auf Polnisch, und Tausende von flanierenden Kanadiern schauen zu. Niemand schreit, dass dies Kanada ist, und es sind nur offizielle englische (eventuell französische) und kanadische Inhalte erlaubt.

Der Patriotismus mancher Polen sollte offener gegenüber dem Anderssein sein, denn es bereichert unser Land. Ich brauche nicht hinzuzufügen, wie viele Anglizismen, die bis vor kurzem noch völlig unbekannt waren, heute in der polnischen Alltagssprache funktionieren.

In Fernsehansprachen von Politikern der Konfederacja über den Konflikt an der Ostgrenze hören wir, dass „es nicht unser Krieg ist“. Vor ein paar Tagen erzählte mir ein Freund aus Polen, er habe mit eigenen Ohren gehört, wie Rechtsextreme sagten: „Wir warten darauf, dass Putin hierherkommt und für Ordnung sorgt“. Als sich jemand darüber stark empörte, wollten sie ihn verprügeln. Ich war fassungslos, als ich das hörte. Können solche Ansichten im heutigen Polen einen Platz haben?

Selbst die Konfederacja rühmt sich nicht mit den ungesühnten Taten des Europaabgeordneten Grzegorz Braun, und der führt eine von ihr getrennte Partei. Bei meinen kühnsten Spekulationen wäre mir nie in den Sinn gekommen, dass sich in Polen eine reine Frauen-Rockband im Internet als „Polnische Patrioten unter dem Feuerlöscher“ mit einem Lied ankündigen würde, das sich auf ein bedauerliches Ereignis im Sejm bezieht.

Für manche ist Patriotismus mit Nationalismus und Antisemitismus verbunden. Adolf Hitler hat in der Weimarer Republik für solche Assoziationen gekämpft, und wie sich herausstellte, dauerte es nicht lange,

bis viele Deutsche anfangen, in diesem Sinne zu denken. Andere hatten Angst, sich dagegen zu wehren. Wir wissen, was daraus geworden ist. Aber seit dem Kriegsende sind 80 Jahre vergangen, und nicht alle jungen Menschen können die unheilvollen Parallelen in der heutigen Welt erkennen. Aber ich erinnere mich an diese Angst.

Die derzeitige Situation in Gaza gibt Anlass zu Argumenten derjenigen, die, unabhängig davon, ob sie früher tatsächlich Freunde der Palästinenser waren, schon immer antisemitisch waren. Sind alle Juden der Welt schuld an der Politik der nationalistischen, rechtsgerichteten israelischen Regierung, gegen die es Massendemonstrationen von Israelis selbst gibt? In den USA demonstrierten viele arabische Studenten in Solidarität mit den belagerten Palästinensern. Einige von ihnen unterstützten die terroristische Organisation Hamas, die vor zwei Jahren einen bestialischen Angriff auf friedliche Israelis verübte. Einige jüdische Studenten fürchten sich vor ihren Kommilitonen, nur weil sie Juden sind. Bei einigen friedlichen Demonstrationen protestierten jüdische Studenten jedoch gemeinsam mit Arabern gegen die israelische Regierung. Die Schuld einzelner Personen oder sogar ganzer Gruppen kann nicht den Nationen zugeschrieben werden.

Das Heilmittel gegen Faschismus

Als die polnische kommunistische Regierung 1968 eine schändliche Kampagne gegen die Juden zu politischen Zwecken startete, waren da alle Polen schuld daran? Sollten wir alle Ukrainer, insbesondere die heutigen Ukrainer, die nichts mit diesem Massaker zu tun hatten, für die abscheuliche Tat in Wolhynien hassen, die von der UPA und der OUN begangen wurde? Und schließlich: Nur weil ein Migrant oder sogar eine Gruppe von Migranten in unserem Land bei einem Verbrechen erwischt wurde, heißt das, dass alle Migranten Kriminelle sind? Vor langer Zeit waren viele von uns empört darüber, dass Polen oft beschuldigt wurden, in Deutschland Autos zu stehlen.

Die Verallgemeinerung realer und imaginärer Schuldgefühle ist ein beliebtes Narrativ der extremen Rechten und führt dazu, Menschen gegeneinander auszuspielen und zu manipulieren.

Die Welt verändert sich. Polen, aber nicht nur Polen, wird immer fremdenfeindlicher. Noch ist Zeit, diesen schlechten Trend, der zur Katastrophe führt, zu stoppen, aber das erfordert verstärkte Anstrengungen von demokratischer Seite. Die Parlamentswahlen sind nur noch zwei Jahre entfernt. Wenn die Rechten sie gewinnen und eine Mehrheit erreichen, einschließlich der extremen Rechten, könnten dies die letzten freien Wahlen für viele Jahre sein. Selbst diejenigen, die sich mit dem heutigen fremdenfeindlichen rechten Narrativ anfreunden können, werden die Tage der Normalität schnell vermissen.

Was wir brauchen, ist ein starkes Narrativ, das die Massen anspricht, das sich von der Anbiederung an den Populismus löst, das erklärt, worauf die extreme Rechte wirklich abzielt und was die Folgen in der nicht allzu fernen (wenn auch vielleicht unbekannten und für einige nicht entsetzlichen) Vergangenheit waren.

Es ist notwendig, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass es so etwas wie die charakteristischen schlechten Eigenschaften ganzer Nationen oder Ethnien nicht gibt. Jede Nation bringt große und verachtenswerte Menschen hervor, ehrliche und krumme, weise und dumme, Helden und Feiglinge.

Der Wahlkampf hat bereits begonnen! Lassen Sie uns interessante Zeiten vermeiden!

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,162657,32269556,kampania-wyborcza-zaczyna-sie-juz-uniknijmy-ciekawych-czasow.html#s=S.TD-K.C-B.8-L.2.duzy>

Kann das Anti-PiS-Lager die Macht behalten? Könnte sein, aber es strengt sich nicht besonders an



Quelle: interia.pl

Von **Leszek Jażdżewski**

Die Bürgerplattform PO hat trotz all ihrer Schwächen einen entscheidenden Vorteil: Sie hält sich stabil bei rund 30 Prozent Unterstützung. Die Wähler verlieren zwar die Hoffnung auf einen Sieg in zwei Jahren, bleiben aber dennoch und bekennen sich weiterhin zur Partei. Handelt es sich dabei um ein hartes, betonfestes Elektorat wie bei PiS, das bereit ist, jede taktische Wendung des Vorsitzenden zu akzeptieren? Es scheint, dass die Hauptstärke der Bürgerplattform -- neben einem charismatischen Vorsitzenden -- im Fehlen einer ernsthaften Alternative liegt.

Die Bürgerplattform leidet auch nicht unter einer Führungskrise. Weder droht ihr ein plötzlicher Rückzug des Vorsitzenden aus der Politik, noch seine Absetzung durch den Vorstand. Trotz all des hinter vorgehaltener Hand geäußerten Murrens über Tusk gibt es in der Partei keinen echten Gegenkandidaten für ihn -- zumindest so lange nicht, bis er eine Niederlage erleidet, die allein auf sein Konto geht, ohne Ausreden in Form einer schwachen Kampagne von Trzaskowski.

Mit solchen Ressourcen, ausgestattet mit den Institutionen des Staates und der Sympathie vieler Medien, sollte die Bürgerplattform einen vergleichsweise leichten Weg zum Sieg haben. Ihre Stärken werden jedoch mehr als ausgeglichen durch ihre Schwächen.

Vorab festgelegte Positionen

Die Regierung regiert, aber übt sie tatsächlich Macht aus? Eher verwaltet sie, indem sie besser oder schlechter auf Ereignisse und die Bedürfnisse verschiedener innerer und äußerer Interessengruppen reagiert, statt ihre eigene Agenda durchzusetzen und aufzuzwingen.

Die Bürgerplattform behauptet, das sei die Schuld der unseriösen Koalitionspartner. Die Koalitionspartner wiederum sagen, es liege an Tusks Alleinherrschaft. Wie H. L. Mencken schrieb: „In einer Demokratie verwendet die eine Partei stets den Großteil ihrer Energie darauf, zu beweisen, dass die andere nicht regierungsfähig ist. Meistens haben beide Erfolg. Und beide haben recht.“

Alle wesentlichen Projekte sind von der PiS geerbt und werden mit unterschiedlichem Maß an Engagement umgesetzt. Wenn neue entstehen, ist ihre Lebensdauer im Regal kürzer als die eines reduzierten Joghurts im Supermarkt. Was ist aus den Hunderten Milliarden an Investitionen zum Jahrtausendjubiläum der Krönung Chrobrys geworden? Ist die Deregulierung noch immer eine Priorität? Die Frage nach Olympischen Spielen in Polen wäre wohl ein ernsthafter Fauxpas. Wenn die Regierenden sich selbst nicht ernst nehmen, ist es schwer zu erwarten, dass die Wähler sie ernst nehmen.

Die Bürgerplattform hat nicht nur kein eigenes „500+“-Programm, sondern auch kein Museum des Warschauer Aufstands oder der „verfemten Soldaten“. Sie hat keine Vision dafür, was mit einer ganzen Generation sich radikaliserender junger Männer geschehen soll. In der Frage der antinaturwissenschaftlichen Aufwallung im Zusammenhang mit der gesundheitlichen Erziehung an Schulen hat eine einzige Magdalena Pernet vom TVP Info mehr bewirkt, indem sie Abgeordnete nach dem Unterschied zwischen Ovulation und Menstruation fragte, als der gesamte Partei- und Ministerialapparat zusammen.

Man sieht keinen Ehrgeiz, trotz aller Beschränkungen von Mehrparteienregierungen eine Art „Koalition der Willigen“ aus Institutionen zu formen, die sowohl im Netz als auch im „Real Life“ eine Gegenmacht zur rechten Vision der Gemeinschaft und der sich immer stärker radikaliserenden nationalistischen Erzählung aufbauen könnte.

Ein großer Teil des Regierungslagers verhält sich so, als warte er nur noch auf das Wahlurteil, während man sich nebenbei überlegt, wie man sich nicht allzu sehr angreifbar macht, um ruhig bis zum Ende der Amtszeit durchzuhalten, sich dann auf vorab festgelegte Positionen zurückzuziehen und die mageren Jahre in der Opposition auszusitzen.

„Im Krieg verhält sich Moral zum Material wie drei zu eins“, schrieb Napoleon. Wenn das Partikularinteresse überhandnimmt, weil es keinen Sinn ergibt, Anstrengungen und Opfer für ein gemeinsames Ziel zu bringen, während der eine auf den anderen schaut und immer deutlicher den Rückzug signalisiert, dann wird der Erfolg zur Illusion und die Niederlage zur selbsterfüllenden Prophezeiung.

Der Wendepunkt

„Generäle bereiten sich immer darauf vor, den vorherigen Krieg zu gewinnen.“ Dieses dem französischen Premierminister Georges Clemenceau zugeschriebene Sprichwort passt wie angegossen zur polnischen Politik. Nach den Präsidentschaftswahlen in den USA und in Polen, die -- entgegen den Erwartungen -- von Politikern der harten Rechten gewonnen wurden, herrscht zunehmend die Meinung vor, das Ziel der Politik des Regierungslagers müsse irgendeine Form der Beschwichtigung eben dieser Rechten sein: eine Verschiebung nach rechts, denn dort seien die Wähler.

Die Präsidentschaftswahlen mit einer zweiten Runde, dem Werben um breite Unterstützung nach der ersten und dem Abwerben der Wählerschaften der jüngsten Konkurrenten stehen erst in fünf Jahren an. Vor uns liegen jedoch ganz andere Wahlen: solche, bei denen es in erster Linie um die Mobilisierung der eigenen Anhänger geht, bei denen es keine „Stimmenwanderungen“ in der Stichwahl geben wird. Wo ein allein antretender Zandberg keine Rolle spielt. Wo Braun, indem er 4,99 Prozent der Stimmen holt, der derzeitigen Koalition eher nützt als schadet.

Es ist eine Binsenweisheit, dass es in der Politik vor allem um die Mobilisierung der eigenen Wähler und die Demobilisierung der gegnerischen Anhänger geht. Bislang schwächt die Bürgerplattform jedoch die Bindung zu ihrer eigenen Wählerschaft und erhält keinerlei Bonus von der anderen Seite. Diese Grenze ist zu stark gezogen, und eine Partei des Establishments wird keine Unterstützung von den Konföderationswählern gewinnen. Es handelt sich um eine systemische und generationsbedingte Kluft.

Und auf die Unterstützung des PiS-Volkes können wohl höchstens jene Waisen des einstigen PO-PiS hoffen, die gut in einem mit Mottenkugeln präparierten Schrank konserviert sind.

Entscheidend ist die leidenschaftliche Botschaft. Es sind nicht die vorübergehenden Umfragevorteile, die den Ausschlag geben -- wie wir schmerzhaft mit Komorowski, dem Brexit, Trump und Trzaskowski erfahren haben --, sondern das stärkere Gefühl. Das, was trägt. Das verschafft einen Vorteil in der heutigen Politik und ermöglicht es relativen Schwächlingen, aus Sicht der Politik der Ära der traditionellen Medien zu gewinnen.

Denken an eine mythische Mitte führt dazu, eine Botschaft für niemanden zu formulieren. Selbst Hołownia, als er 15 Prozent erreichte, stand nicht „im Zentrum“, sondern in Opposition zum PO-PiS-Establishment. Um zu gewinnen, braucht man zumindest eine Theorie des Sieges: Man muss die Gruppen identifizieren, die überzeugt werden sollen, die Botschaften bestimmen, die man fördern muss, und jene, die neutralisiert werden sollten. Man darf den Gegner nicht dort angreifen, wo er es erwartet, sondern muss den empfindlichsten Punkt finden, den Wendepunkt für den ganzen Krieg, nicht nur einer einzelnen Schlacht.

Der Schlüssel zur narrativen Kontrolle der Rechten in Polen liegt in ihrem enormen Vorsprung im Netz. Dieser rührt aus historischen Gründen, es war der Ort, an dem sie jenseits des Mainstreams überhaupt existieren konnte, aber auch daher, dass sie die Regeln des Kampfes im Internet recht früh verstanden, Regeln, die durch die jüngsten Änderungen der Algorithmen nur noch verschärft wurden.

Eine klare, entschlossene Botschaft, die an die eigenen Leute gerichtet ist, unter der Voraussetzung, dass sie glaubwürdig ist, trägt weit und erreicht auch Unentschlossene. Versucht man hingegen, Unentschlossene mit Unentschlossenheit zu verführen, verführt man am Ende schlicht niemanden.

Paradoxerweise verhielt sich die polnische Rechte selbst in den Zeiten der PiS-Regierungen so, als säße sie in einem Untergrundstaat und führe einen ungleichen Kampf gegen einen Besatzer. In der Ära von Trump, Musk, YouTube, das das Fernsehen abgelöst hat, und der Dominanz des Kanals Zero ist jedoch die Rechte der Mainstream. Sie sind keine neue Hoffnung. Sie sind das Imperium. Und sie werden es lange bleiben. Es sei denn, es treten Kandidaten als Rebellen auf.

Die Rechte kleidet sich in die Gewänder der Verteidiger von Normalität und Polentum, als wäre der Pole dazu verdammt, sich krampfhaft an Ansichten festzuhalten, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts en vogue waren. Ihr Obskurantismus lässt sich leicht lächerlich machen und entlarven. Es braucht dafür nur etwas Mut. Und ein Quäntchen Vertrauen in die Vernunft der Mitbürger.

Ich sage nicht, dass das keinerlei Anstrengung erfordert.

Aber in einer Demokratie ist sie manchmal von Nutzen.

Zsfg.: AV

<https://wydarzenia.interia.pl/felietony/news-czy-oboz-anty-pis-moze-utrzymac-wladze-moze-tylko-nie-za-bar.nld.22423804>

Entwicklungsziele für die Regierung? Digitalisierung und Zuwanderer



Quelle: [canva](#)

Von **Michał Boni**

Das erste Ziel besteht darin, das Modell der Gesundheitsversorgung so umzugestalten, dass es endlich und wirklich den Patienten dient. Das zweite Ziel ist die Anpassung des Bildungssystems an die tatsächlichen Bedürfnisse der künftigen Welt, damit sich die künftigen Arbeitnehmer nicht hilflos und überflüssig fühlen. Das dritte Ziel besteht darin, den Arbeitsmarkt auf den demografischen Zusammenbruch vorzubereiten. Dies sind entwicklungspolitische Ziele. Aber sie können erreicht werden.

[...]

Was zählt, sind konkrete Investitionsaufgaben, ihre Struktur und der Aufbau einer nationalen Rüstungsmacht, auch in Zusammenarbeit mit europäischen Kräften, einschließlich einer echten Drohnenabwehr. Nach dem russischen Drohnenangriff wird es meines Erachtens zu einer Beschleunigung der intelligenten Rüstung kommen, die der Gesamtentwicklung der Wirtschaft des Landes dient (das Militär ist wichtig, aber eine moderne Rüstungsindustrie ist die Innovation der gesamten Wirtschaft).

[...]

Präsidentielle Sperren

Zweitens ist es schwierig, Ziele für die Regierung zu identifizieren, weil alle vernünftigen Entwicklungsideen mit der destruktiven Obstruktionspolitik des Präsidenten kollidieren. Dies geschah mit dem Windkraftgesetz oder dem -- normalerweise gesellschaftlich notwendigen -- Gesetz zur Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge und ihrer Kinder. Das Ausbleiben der Unterschrift des Präsidenten unter das Windkraftgesetz bringt das altmodische und alberne Dilemma wieder auf den Tisch: Kohle oder Windräder.

61 Prozent der polnischen Energie wird immer noch aus teurer Kohle gewonnen. Eine Verlangsamung der Entwicklung der erneuerbaren Energien droht daher die Preise länger hochzuhalten. Und das blockiert zum

Beispiel die Entwicklung großer Datenzentren und die Einbindung der polnischen Wirtschaft in die rasante Entwicklung der KI.

Zugegebenermaßen ist es möglich, das Veto des Präsidenten durch entsprechende Vorschriften zu umgehen (diese Idee gefällt mir!). Allerdings klingen die Äußerungen von Regierungsvertretern, sie seien keine Fans der Windenergie, in dieser Situation unverantwortlich, was die Dynamik von Investitionen in erneuerbare Energien blockieren könnte.

Der mit der Hybris eines Parvenüs geschürte Ehrgeiz des Präsidenten, tatsächlich Regierungschef zu werden und den verfassungsmäßig festgelegten Rahmen seines Amtes zu überschreiten, bedeutet, dass sich die Praxis der täglichen Arbeit des Ministerrats ändern muss. Es erweist sich als notwendig, nach Möglichkeit per Verordnung und von Beginn des Gesetzgebungsverfahrens an zu regieren, um präsidiale Blockaden im Vorfeld zu vermeiden. Vielleicht werden sich nach dem 10. September aufgrund der Notwendigkeit einer Handlungsgemeinschaft zwischen den Institutionen des Staates Bereiche gemeinsamer Initiativen zwischen Regierung und Präsident deutlicher abzeichnen und entwickeln.

Warum und für wen?

Drittens erfordert die Bewältigung der Herausforderungen einen Dialog mit der Gesellschaft. Das heißt, dass man in der Lage sein muss, geeignete Narrative zu entwickeln -- warum, wieso, welche gesellschaftlichen Vorteile sich aus dem Wandel ergeben werden. Dies erfordert Mut, Klarheit im Kopf und den Willen, die Gesellschaft von den eigenen Vorschlägen zu überzeugen.

[...]

Bislang haben die negativen Narrative von Mentzen und Nawrocki, die durch die Effizienz der von den Rechten und Faschisten verwendeten Algorithmen ausgelöst wurden, keinen Widerstand gefunden und werden nicht durch die Narrative der Demokraten demontiert.

Im Gegenteil: Die Regierung radikalisiert ihre eigene Botschaft. Der Premierminister spricht zum Beispiel über die Ausweisung aus Polen (nach dem Konzert eines Rappers im Nationalstadion) von vielleicht gewöhnlichen Strolchen, vielleicht aber auch von unschuldigen Menschen. Auf Druck von Robert Bąkiewicz führt er Grenzblockaden ein -- glücklicherweise recht selektiv.

Abgesehen von der Arbeitsministerin schweigt die Regierung bedauernd über die Vorteile, die Polen aus dem Aufenthalt von Ukrainern in Polen zieht. Es fehlt ihr an der Bereitschaft, die Argumente zu nutzen, die seriöse Berichte zu diesem Thema gebracht haben. Und die besagen, dass die Ukrainer 2,6 Prozent des BIP erwirtschafteten, Milliarden an Steuern in den Haushalt einzahlten und ihre Beschäftigungsquote in Polen die höchste in der EU ist, höher als die der polnischen Arbeitnehmer. Diese Unterwerfung unter die Desinformation der polnischen Rechten und das, was in einigen Fragen wie russische Desinformation klingt, ist erschreckend.

[...]

Zwei Ziele und sogar ein drittes

Ich möchte jedoch zwei Schlüsselbereiche für die künftige langfristige Entwicklung nennen, und lassen Sie sich nicht einreden, dass dies Visionen sind, mit denen man zum Arzt gehen kann. Und ich würde sogar auf ein drittes Ziel hinweisen.

Die erste besteht darin, das Gesundheitsversorgungsmodell so umzugestalten, dass es endlich und wirklich den Patienten dient.

Die zweite besteht darin, das Bildungssystem auf die tatsächlichen Bedürfnisse der künftigen Welt auszurichten, damit sich die künftigen Arbeitnehmer nicht hilflos und überflüssig fühlen.

Das dritte Ziel ist die Vorbereitung auf den demografischen Zusammenbruch, damit der polnische Arbeitsmarkt nicht zusammenbricht.

Digitale Gesundheitsversorgung

Im Herbst werden weitere Milliarden in den Nationalen Gesundheitsfonds fließen müssen. Es ist nicht so, dass das System nicht finanziell gestärkt werden sollte, aber diese Geldströme werden die Qualität der Leistungen ohnehin nicht verbessern. Moderne Gesundheitssysteme beruhen auf Daten.

[...]

Um diese Rate zu erhöhen, müssen die Verfahren umgestaltet werden. Um es umgangssprachlich auszudrücken: „Daten markieren“ und in Flusssysteme einbringen (Krankenhäuser - Krankenhäuser, Krankenhäuser - Gesundheitszentren, GesundheitszentrenKrankenhäuser - Patienten usw.). Auch die Arbeit der Agentur für Gesundheitstechnologiebewertung und -tarifizierung muss modernisiert werden (Verkürzung der Zeit für die Einführung neuer Technologien bei gleichzeitiger Wahrung höchster Qualitätsanforderungen). Dies sollte zu einer stärkeren Öffnung für die Forschungszentren in Polen führen.

Grundlage dafür ist das, was bereits erreicht wurde - das individuelle Patientenkonto, die elektronische Verschreibung. Und auf neuen Technologien, in die zum Nutzen der Patienten effizient investiert werden könnte, wenn auch nur mit EU-Mitteln. Es geht aber nicht darum, Geräte, die man vor Jahren gekauft hat, noch einmal zu kaufen, denn die Welt erlebt sogar eine Eruption von Neuentwicklungen.

Wir sollten den Begriff „Reform“ nicht verwenden. Er hat in der polnischen Öffentlichkeit einen traumatischen Charakter. Lassen Sie uns außerdem sicherstellen, dass das System transparent und vollständig patientenorientiert ist. Gleichzeitig lohnt es sich, eine Formel zu finden, um gemeinsam mit den medizinischen Kreisen -- Patienten, Ärzten, Krankenschwestern, Apothekern und Pharmazeuten -- Wege zur Verbesserung des Systems zu entwickeln und umzusetzen.

Nur so kann der Weg zu einer besseren Gesundheit der Bevölkerung geebnet und die Patienten davon überzeugt werden, dass die Regierung wirklich an sie denkt (was für die Wahlkampagnen 2027 wichtig sein könnte). Es wurden bereits Schritte in diese Richtung unternommen, aber die Bereinigung der Warteschlangen ist nur ein Vorspiel für einen grundlegenden qualitativen Wandel.

Digitale Kompetenz der Schüler

Das Gleiche gilt für die Anpassung (wieder - nicht „Reform“) des polnischen Bildungssystems.

Der Ausgangspunkt muss sein, die Schulabgänger darauf vorzubereiten, dass sie sich an die Veränderungen im Laufe ihres Berufslebens anpassen können. Diese Notwendigkeit wird durch die aktualisierte PISA-Studie und andere Studien belegt.

Die rasante Entwicklung neuer Technologien und künstlicher Intelligenz erfordert hohe digitale Kompetenzen. STEM-Kompetenzen (science, technology, engineering, mathematics) werden immer wichtiger. In dieser Situation ist es töricht zu sagen, dass die Mathematik als Abiturfach nicht benötigt wird. Es sind jedoch neue Wege des Mathematikunterrichts erforderlich.

[...]

Wir warten bis September 2026 auf einen Plan, wie die Schulen die digitale Welt unterrichten sollen - und mögen wir ihn erleben. Gleichzeitig scheint es notwendig, dass sich das Ministerium für Bildung und Wissenschaft [MEN] nicht von seinen eigenen Ideen abschottet. Zum Beispiel von Vorschlägen für Lehrplanänderungen im polnischen Sprachunterricht nach dem finnischen Modell -- dem am besten bewerteten Bildungssystem der Welt. Das MEN hat sich davon distanziert, nachdem in den sozialen Medien ein Ansturm auf den Unsinn von Przemyslaw Czarnek über die polnischen Lektüren losgetreten wurde.

[...]

Die Herausforderung für die Bildung besteht darin, zu lernen, wie man lernt, denn Tabellen, Daten, Namen sind dank Internet-Suchmaschinen oder GPT-Chat leicht verfügbar. Und vor allem - die logischen Matrizen der Existenz der Welt (Physik, Mathematik, Chemie, Biologie, Kultur...) sichtbar zu machen. Hier ist kein Platz für zivilisatorischen Eskapismus und schlichte Ignoranz. Wie Untergraben der Theorie von Darwin unter dem Druck von randalierenden Gruppen im Internet.

In diesem Sinne geht die Bedeutung der Gesundheitserziehung -- wie vorgeschlagen -- zeitgemäß. Sie zum Wahlfach zu machen, war jedoch nicht klug. Es war eine Feigheit, die nicht den gewünschten Effekt hatte, die Angriffe der kirchlichen Betoköpfe zu entschärfen. Es wird den Schülern schaden, die unter dem Druck einiger Eltern nicht an diesem Unterricht teilnehmen werden.

Dieses Thema zeigt übrigens, wie weit die polnische Bildungsdebatte von den Herausforderungen der realen Welt entfernt ist. Es gibt eine Diskussion über den Unterricht in Sexualhygiene oder Religion, aber

keine Diskussion darüber, wie generative KI (bereits mit Chat GPT 5.0) die Bildung verändern wird. Denn dass sie die Welt der Wissenschaft verändern wird - das steht bereits fest.

[...]

Und selbst wenn die ganzheitlich dargestellte Chance für einen guten Bildungswandel von Horden von Internet-Trollen und politischen Feldwebeln der Armee der Rechten bekämpft wird, darf man nicht gleich zu Beginn des Kampfes aufgeben. Und genau das tut die derzeitige Regierung in vielen Fragen.

Einwanderer beschäftigen

Die letzte Herausforderung - die Zukunft des polnischen Arbeitsmarktes. Kompetenzfragen werden nicht nur von den Schulen und dem System der Erwachsenenbildung entschieden werden. Auch die Idee des Staates, ein großes Projekt zur Anpassung der Arbeitnehmer an die durch die KI verursachten Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt vorzubereiten. Dies ist ein wichtiges, separates Thema.

Wir stehen schon heute vor demografischen Herausforderungen. Die Antwort darauf ist einerseits die Unterstützung der Menschen 55+ und 60+ bei der Verlängerung ihres Arbeitslebens, indem sie bis zum Rentenalter arbeiten (heute sind es 878.000 Menschen). Im Gegensatz dazu wird immer wieder die Idee der Frühverrentung ins Spiel gebracht, obwohl der Druck auf diese Lösung endlich nachgelassen zu haben scheint. Es fehlt auch an Anreizen für einen sanften, individuell gewählten Ruhestand nicht in einem bestimmten Alter, sondern über einen bestimmten Zeitraum, z. B. 62-68 Jahre (österreichisches Projekt), sobald das Kriterium der Betriebszugehörigkeit erfüllt ist. Auf der anderen Seite ist der Einsatz von Migranten auf dem Arbeitsmarkt entscheidend.

Dies ist ein sensibles Thema. Das ist es nach den arroganten und hysterischen Geschichten über Migranten während der PiS-Ära. Die Sensibilität wurde durch unverantwortliche Äußerungen des Ministerpräsidenten und anderer Regierungsmitglieder über Flüchtlinge und die Lage der Migranten noch verstärkt.

[...]

Um den rechten Wählern zu gefallen, verbreiten Politiker des liberaldemokratischen Lagers Lügen über die Bedrohung Polens und der Polen durch „ausländische“ Muslime, aber auch durch Ukrainer. Auf diese Weise hat der Staat in der Diskussion über die Bedeutung der Migration für die Zukunft des Arbeitsmarktes kapituliert. Es ist schwierig, jetzt darüber zu sprechen, wo man selbst **de facto** eine einwanderungsfeindliche Sprache verwendet hat.

Dennoch wird das Arbeitskräfteangebot in Polen bis 2035 um 2,1 Millionen Menschen schrumpfen (Daten des Polnischen Wirtschaftsinstituts). Laut der Eurobarometer-Umfrage 2024 haben bereits 86 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen in Polen Schwierigkeiten, Arbeitskräfte zu finden. Gleichzeitig sind rund 3 Millionen Polen weder erwerbstätig noch auf der Suche nach einem Arbeitsplatz - sie sind wirtschaftlich inaktiv, obwohl sie im so genannten arbeitsfähigen Alter sind.

[...]

Ergeben Sie sich nicht den Algorithmen

Alle von mir genannten Prioritäten sind schwierig umzusetzen, aber entwicklungspolitisch notwendig. Daher darf ihre Umsetzung nicht aufgegeben werden, auch nicht unter den ungünstigen Bedingungen einer öffentlichen Debatte voller Desinformationen und Emotionen, die von rechten Algorithmen angeheizt werden. Und auch trotz der institutionellen Schwierigkeiten der Obstruktionspolitik des Präsidenten.

[...]

Ich bewundere Premierminister Donald Tusk trotz kritischen Einschätzungen zu verschiedenen Themen (was in der demokratischen Regierungsführung schon immer eine bewährte Gewohnheit war) für seine Standhaftigkeit, unter solch schlechten Bedingungen, die die Freiheit einer rationalen Entscheidung einschränken, zu handeln. Dies ist wahrscheinlich die schwierigste seiner politischen Missionen in seinem ganzen Leben. Nach dem 10. September hat er seine Energie und Zuversicht zurückgewonnen. Aber er muss auch die Macht der Führung über den Bereich der unmittelbaren Sicherheit und Verteidigung hinaus ausweiten. Damit das Militär in Zukunft sein Bestes geben kann, muss die Gesellschaft moderner und intelligenter werden, immun gegen die Emotionen der Desinformation.

Die Verwirklichung der Bestrebungen des Einzelnen und ein Gemeinschaftsgefühl, das tiefer geht als nur die Kraft eines Abwehrreflexes.

Tusk muss daher die Unterstützung des gesamten demokratischen Lagers haben. Und die Entschlossenheit, zu jedem der wichtigen Themen die wichtigsten Aufgaben zu formulieren und gleichzeitig aufzuzeigen, um welche von ihnen ein breiterer Konsens gebildet werden kann.

Vielleicht braucht man in jedem Bereich eine Liste von Themen, die den verschiedenen politischen Lagern und den in der Öffentlichkeit tätigen nahe stehen und sie möglichst wenig entzweien? Und vielleicht lohnt es sich, Gruppen von Menschen zu bilden (um den in Polen kompromittierter Begriff „Runder Tisch“ nicht zu verwenden), die sich jenseits des von parteipolitischen Emotionen verursachten Sprachwirrwarrs fachkundig an einen Tisch setzen, um trotz ihrer Meinungsverschiedenheiten zu erörtern, was für die polnische Staatsraison im Hinblick auf eine langfristige Entwicklung am wichtigsten ist.

Genau das und noch viel mehr.

Zsfg.: JP

<https:kulturaliberalna.pl20250923rozwojowe-cele-dla-rzadu-cyfryzacja-i-imigranci>



Quelle: wyborcza.pl

„Bedenken Sie, dass ein Mann 20 Jahre lang exzessiv trinken muss, um an Alkoholismus zu erkranken, eine Frau nur zwei.”

Jarosław Kaczyński – Vorsitzender der PiS

Quelle: <https://www.wysokieobcasy.pl/wysokie-obcasy/7.163229.32276603.jaroslaw-kaczynski-o-nocnej-prohibicji-w-calym-kraju-kobiety.html#s=S.TD-K.C-B.4-L.1.duzy>

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

mdr.de

Die Propagandaschlacht nach dem Drohnenangriff auf Polen

<https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/polen-drohnen-angriff-russland-trollfabriken-desinformation-fakenews-100.html>

handelsblatt.com

Polen will U-Boote kaufen – Angebot auch aus Deutschland

<https://www.handelsblatt.com/politik/international/verteidigung-polen-will-u-boote-kaufen-angebot-auch-aus-deutschland/100157713.html>

soldat-und-technik.de

Polen bestellt 2.500 Panzerabwehrlenkflugkörper Javelin

<https://soldat-und-technik.de/2025/09/bewaffnung/45479/polen-2-500-javelin/>

merkur.de

Warnung aus Polen: Russlands Luftraum-Verstöße in der NATO könnten Folgen haben

<https://www.merkur.de/politik/warnung-aus-polen-russlands-luftraum-verstoesse-in-der-nato-koennten-folgen-haben-zr-93949742.html>

deutschlandfunk.de

Grenze zu Belarus wird wieder geöffnet – auch chinesische Exporte Richtung EU waren betroffen

<https://www.deutschlandfunk.de/grenze-zu-belarus-wird-wieder-geoeffnet-auch-chinesische-exporte-richtung-eu-waren-betroffen-104.html>

stern.de

"Huren-Patrouille" filmt heimlich junge Mädchen – und stellt sie im Netz bloß

<https://www.stern.de/panorama/verbrechen/polen---huren-patrouille--stellt-junge-maedchen-im-netz-bloss-36070974.html>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus